

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 13 (1933-1934)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Das Problem Österreich  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-157708>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

wie ihr Treiben dem Gesamtwohl des Vaterlandes aus allgemeinen politischen Erwägungen zuwiderläuft und die Schweiz im Gegenteil das größte Interesse daran hat, Italien gegenüber eine Politik zu befolgen, die — wie die sozialistische Berner Tagwacht schreibt — dem faschistischen Regiment jeden Anlaß zu Mißtrauen und Voreingenommenheit nimmt“.

Deutschland selbst möchten wir schließlich das gleiche sagen, was wir einen Monat früher, im April 1924, Italien an gleicher Stelle gesagt hatten:

„Das offizielle Italien hat, wie wir schon früher betonten, ein sehr großes Interesse daran, die Schweiz bei einem künftigen europäischen Konflikt nicht auf der Seite Frankreichs zu sehen und also auch jetzt im Frieden alles zu unterlassen, was sie auf diese Seite treiben könnte“.

## Das Problem Österreich.

Von einem Schweizer in Österreich.

Die Vorgänge in Österreich sollen anscheinend der Welt wieder einmal beweisen, daß Geschichte nur gelehrt und erlebt wird, um nichts daraus zu lernen. Niemals hat die Unterdrückung des Nationalsozialismus im Deutschen Reich ähnliche Formen angenommen wie in Österreich und dieser errang den Sieg doch auf der ganzen Linie. Wie wird aber erst der Umschwung in Österreich aussehen, wo der Nationalsozialismus, durch das Fegefeuer der Diktatur Fey-Vaugoin-Schuschnig-Dollfuß geläutert und erprobt, eine unerhörte innere Kraft erlangt? Unumschränkt herrschen in den Ländern die Sicherheitsdirektoren, in unserm Nachbarland Vorarlberg Herr Rada. Diese Direktoren überbieten sich mit Höchstleistungen in der Verhängung von Freiheits- und Geldstrafen. Zahlreiche Beamte und Offiziere sind entlassen worden, viele andere wurden strafverurteilt. Wegen des Abbrennens von Hakenkreuzen oder Singens von nationalen Liedern werden Durchschnittsstrafen von sechs Wochen Arrest und 2000 Schilling Geldstrafe verhängt und das ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts. Eine Berufung gegen Strafurteile in dem bezeichneten Ausmaß gibt es nicht. Offenbar will man mit den unerhörten Geldstrafen den Ausfall an Steuereingängen wettmachen. Die Regierung macht ja die Nationalsozialisten verantwortlich für die weitere Verschlechterung der Wirtschaft und der Staatsfinanzen. Die Unterdrückungsmaßnahmen lassen aber jede wirtschaftliche und politische Vernunft vermissen. Wie muß es in der internationalen Sportwelt wirken, wenn kürzlich in Innsbruck der bekannte 62jährige Arzt Dr. Lantschner, der Vater des bekannten Rekordläufers im Skisport, als Geißel verhaftet und eingesperrt wurde, weil andere, unbekannte Täter

Hakenkreuze auf den Bergen abgebrannt hatten oder zur Strafverbüßung nicht erschienen waren. Das sind doch gerade die Männer, die um Österreichs Wirtschaft und Fremdenverkehr sich die größten Verdienste erworben haben. So etwas begreifen wir Schweizer einfach nicht mehr.

Selbst vor dem Friedhof macht die rohe Gewalt nicht Halt. Bei der Beerdigung des bisherigen nationalsozialistischen Vizepräsidenten Roweindl des Salzburger Landtags im Kauriser Tal wurde die vieltausendköpfige Menge beim Singen des Deutschlandliedes mit der Waffe zerstreut. Bei dem Begräbnis eines von einem Heimwehrmann erschossenen Ortsgruppenführers bei Fieberbrunn in Tirol wurden am offenen Grabe zwei Nationalsozialisten verhaftet, weil sie „ihrem treuen tapferen Mitkämpfer Kranz und Nachruf“ gewidmet hatten. Die tausendköpfige Menge sang darauf das Horst-Wessellied und die Gendarmerie erwies sich dieser auflodernden nationalen Leidenschaft und Empörung gegenüber als machtlos. Der Witwe aber des Ermordeten hatte man vorher eröffnet, daß sie für alle Vorfälle, die sich beim Leichenbegängnis ereignen würden, verantwortlich gemacht würde.

Wer sich in Österreich als Nationalsozialist bekennt, wird als unmoralisch gebrandmarkt und auf Grund dieser Disqualifizierung sind z. B. zahlreiche Angehörige des Bundesheeres entlassen worden. Wer aber zur „Vaterländischen Front“ oder zur Starhembergischen Heimatwehr gehört, ist ein Held. So wurde das Leichenbegängnis eines an der bayrisch-tirolischen Grenze bei Ruffstein erschossenen Heimatwehrmannes amtlich als Heldenehrung groß aufgezogen. Der Minister Fey und der Sicherheitsdirektor Steidle hielten Reden, die weiteres Öl ins Feuer gossen, und der Justizminister sandte ein Telegramm, in dem er den „Mord“ anprangerte. Als bei dem unrühmlich verlaufenen Aufmarsch der Heimwehren in Schönbrunn am 14. Mai die berüchtigte, aus den Schießereien auf die unbewaffnete Menge in Innsbruck bekannte Höttinger Gau Sturmkompanie an den Ministern vorbeidefilierte, rief der Justiz- und Unterrichtsminister Dr. Schuschnig dem Führer Benz, einem vielfach vorbestraften Individuum, „Heil Benz!“ zu. Inzwischen soll auf höhere Weisung dessen Strafkarte bereinigt worden sein.

Die amtliche Propaganda gegen den Nationalsozialismus nimmt Formen an, wie sie selbst in den Zeiten heftigster Auseinandersetzungen im Reich unbekannt waren. Der amtliche „Heimatsdienst“ läßt selbst in den Schulhäusern Wandzeitungen aufhängen, auf denen die Nationalsozialisten als Hochverräter und Volksverräter bezeichnet werden. Weiters wird auf diesen Plakaten zum Boykott nationalsozialistischer Geschäfte aufgefordert — was sind das für Erziehungsmethoden! Und das alles geschieht überdies im Namen des Christentums, denn die Machthaber sind ja die Vertreter der christlichsozialen Partei. In Reden, Flugblättern und Schriften, die offensichtlich den Stempel der belgischen Kriegsgreuelpropaganda tragen, wird der Nationalsozialismus als eine „Seuche“, als die „braune Pest“, als „germanischer Bolschewismus“ bezeichnet — derselbe National-

sozialismus, der dem bolschewistischen Kommunismus im Deutschen Reich den Todesstoß versetzt hat. Das Deutsche Reich wird als Zuchthausstaat hingestellt — und in Österreich sind alle Gefängnisse überfüllt. Im Deutschen Reich wird die Sicherheitspolizei aufgelöst, in Österreich wird sie vermehrt und es herrscht das Metternich'sche System in verschärfter Form. Der Gefinnungsterror und das Spitzelwesen nehmen ungeheuerliche Formen an und vergiften das Volk und erziehen es zur Heuchelei.

Namhafte in- und ausländische Journalisten wurden verhaftet, eingesperrt oder ausgewiesen; so der katholische Österreicher Franz Kiedl, der Berichterstatter der „Germania“ in Wien, die Vertreter anderer großer Berliner Blätter. Die gesamte Presse des Landes mußte bei Gefahr der sofortigen Einstellung des Zeitungsbetriebs eine Erklärung unterschreiben, daß sie sich auf den Boden der Regierung Dollfuß stellen und im Sinne ihrer Richtlinien schreiben wird. Diese Erklärung ist auch von der sozialistischen Presse unterzeichnet worden! Die nationalsozialistische Presse ist restlos unterdrückt, die restlichen nationalen Zeitungen unterliegen der „verschärften Vorlagepflicht“. Bis zu 600 Zeilen müssen abgedruckt werden, wie sie die Regierung und ihre Organe, dazu gehört auch die Heimatwehr, liefert.

Auf Befehl der Bundesregierung sind die Mandate der nationalsozialistischen Nationalräte, Landtagsabgeordneten und Gemeinderäte annulliert oder als ruhend bezeichnet worden. Das führte natürlich zu grotesken Zuständen. In zahlreichen Gemeinden, besonders der Obersteiermark — erlangten dadurch die Marxisten die Mehrheit. Das Ende vom Lied ist in den meisten Fällen dann die Einsetzung eines Regierungskommissärs. Die Autonomie der Länder und der Gemeinden ist aufs schwerste erschüttert.

Auf welcher Rechtsgrundlage aber beruht die jetzige Regierung? Sie regiert mit Hilfe von Notverordnungen, die sich auf ein Kriegsermächtigungsgesetz der österreich-ungarischen Monarchie zu stützen versuchen. Der Verfassungsgerichtshof und die parlamentarischen Körperschaften sind ausgeschaltet. Wahlen werden nicht mehr ausgeschrieben, denn dann würde sich das Bild erschöpfen, das die Gemeindevahlen im Frühjahr allenthalben geboten, wo die regierende allmächtige christlichsoziale Partei als die schwächste und die Nationalsozialisten als die weitaus stärkste Partei und als Sieger hervorging. Eine „Vaterländische Front“ soll nun eine geschlossene österreichische Volksmeinung gegen den Nationalsozialismus vortäuschen. Die Mittel fließen dieser „vaterländischen“ Front vor allem von der Wiener Judenschaft zu. Sie vereinigt Merikale, Legitimisten und Juden — und wird von den Sozialisten toleriert. Die militärische Stütze der Regierung ist vor allem die Starhembergische Heimatwehr. Wer bezahlt diese? Lange war es offenes Geheimnis, daß Mussolini und vor allem der italienische Außenminister Cuvic die Heimatwehr unterstützten. Nicht umsonst nahm der italienische Gesandte in Schönbrunn mit die Parade ab. Nun kommt aber die Nachricht, daß die Heimwehrblätter Wiens von jetzt

ab in der Wiener tschechischen Bernah-Druckerei erscheinen unter dem Deckmantel der Universitätsbuchdruckerei Rudolf Hanel. Sollten hier die Rollen gewechselt haben? Denn Rom und Prag verfolgen bekanntlich in Wien grundsätzlich andere Ziele. Allzeit ist natürlich Frankreich der Bundesgenosse der Regierung Dollfuß und Herr Leopold Schwarzschild, der Herausgeber der jetzt in Paris erscheinenden Wochenschrift „Das neue Tagebuch“, hegt mit und klatscht Beifall.

Dem Habsburgerrummel scheint ja nun vorläufig ein Halt geboten zu sein, denn die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös hat verwirrend und ernüchternd gewirkt. Das Ergebnis der Reise steht klar fest: Es gibt keine Befriedung Mitteleuropas und keine Lösung der immer brennender werdenden Wirtschaftsfragen ohne Mitwirkung des Deutschen Reiches. Die Träger des deutschfeindlichen Kurses in Österreich bleiben aber die Legitimisten nach wie vor, die Fej, Vaugoin, Schuschnig u. s. w. Die in der Regierung mitwirkenden Landbändler aber „bedauern“ die Maßnahmen der Regierung, die sich gegen die nationale Bewegung richten — und spielen doch keine andere Rolle wie die deutschen Minister im tschechoslowakischen Kabinett.

Tiefgreifendste Wirkungen mußte im katholischen Österreich der Abschluß des Konkordats des Vatikanus mit der Regierung Adolf Hitlers auslösen. Wo aber bleibt das österreichische Konkordat? Die Herren Schuschnig und Dollfuß haben sich doch wohl zu voreilig in Rom photographieren lassen. Der heilige Stuhl, gewohnt, Verträge von Dauer abzuschließen, hat anscheinend die stärksten Bedenken, mit einer Regierung zu einem Vertragsabschluß zu kommen, die auf solch schwankenden Rechtsgrundlagen aufgebaut ist und deren Lebensdauer von niemand garantiert werden kann. Das Konkordat bedürfte natürlich zur Rechtsgültigkeit auch der Zustimmung der ausgeschalteten gesetzgebenden Körperschaften. Herr Minister Vaugoin, neuerdings zum General der Infanterie ernannt, erklärte, daß es die Aufgabe Österreichs sei, den Rückhalt für den politischen Katholizismus zu bilden. Der Papst hat aber doch gerade zugestimmt, daß die katholischen Geistlichen im Deutschen Reich wie in Italien sich fortan jeder politischen Tätigkeit zu enthalten haben. Dasselbe gilt auch für die evangelische Kirche des Reichsgebiets und folgerichtig für die gesamte deutsche evangelische Kirche und alles atmet befreit auf. In Wien scheint man aber die weltgeschichtliche Bedeutung dieses Konkordats nicht begreifen zu können und zu wollen. Wenn aber irgendwo der politische Katholizismus Bankrott gemacht hat, so in Österreich, wo die als antisemitische Partei ins Leben getretene christlichsoziale Partei sich heute mit jüdischer Unterstützung an der Macht hält zum schwersten Schaden des Christentums und des deutschen Volkstums. Die als gesamtdeutscher Katholikentag anlässlich der 250. Wiederkehr der Befreiung Wiens von den Türken geplante Veranstaltung aber wird wohl Verbrüderungen statt mit dem katholischen Reichsvolk mit Polen und Tschechen bringen.

Der Gedanke des Nationalsozialismus und Faschismus marschiert unaufhaltsam und ganz Europa und die Welt wird davon erfaßt — nur Österreich soll davon frei bleiben, welche Naivität. Noch dazu, wo Adolf Hitler Österreicher von Geburt und Wesensart ist. In Österreich ist überdies viel stärker noch als im Reich der Nationalsozialismus — im scharfen Gegensatz zum italienischen Faschismus — in der Tiefe des Volkstumsgedankens verankert. Wir verweisen dazu auf die in den „Monatsheften“ veröffentlichte Rede des Vizekanzlers von Papen zu diesem Gegenstand. Bei vieler, namentlich auch äußerer Übereinstimmung des Faschismus und Nationalsozialismus kann und will ersterer doch seine Herkunft aus dem westlichen Staatsdenken nicht verleugnen. Hier stehen also in Österreich zwei Fronten einander gegenüber: Das der blut- und rassenmäßigen, sprachlichen und kulturellen Verbundenheit mit dem Reichsvolk auf das tiefste sich bewußte deutsche Volk der Länder Österreichs und die „österreichischen Menschen“, die aus dem Völkermischmasch der österreich-ungarischen Monarchie stammen und deren Auferstehung in irgend einer Form anstreben. Natürlich gehört vor allem das Wiener Judentum zu dieser sonst schwer definierbaren Gattung „österreichischer Mensch“. Das alles aber gibt den Auseinandersetzungen auch die ungeheure Schärfe und eine weit über Österreich hinausreichende Bedeutung. Nach Bregenz sandte Herr Baugoin den Ruthenen Abdasiwicz, um deutsche Offiziere zu maßregeln — ein bezeichnendes Bild. Im Kriege soll Herr General Abdasiwicz Friedhöfe angelegt haben. 14 Jahre lang war der Anschlußgedanke das Programm aller österreichischen Kabinette, jetzt kämpft man für die von Frankreich und andern Mächten befohlene „Selbständigkeit“ Österreichs. Die Versklavung und Unfreiheit Österreichs, wie sie der Gewaltfrieden von St. Germain festgelegt hat, soll nun die Zustimmung durch die österreichische Regierung und das Volk Österreichs und damit moralische Rechtfertigung vor der Welt erlangen.

Vergleiche, wie sie mit der Selbständigkeit und Lebensfähigkeit der Schweiz lange beliebt waren, stoßen aber jetzt doch auf Zweifel selbst im „Wiener Neuen Journal“ und andern den Regierungskurs Dollfuß unterstützenden Blättern. Für uns Schweizer muß es aber erheitern wirken, wenn in dem Kampf Wien gegen Berlin Schiller und „Wilhelm Tell“ als Bundesgenossen aufgerufen werden. „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt,“ so erklärte Dr. Dollfuß in einer Rede mit der üblichen Wendung gegen Berlin. Aber der „Wilhelm Tell“ Schillers ist doch gerade die Verherrlichung des Kampfes des unterdrückten Schweizervolkes gegen die Gewaltherrschaft der Habsburger!

Für Anleihen muß man sich politisch gefällig erzeigen, und das umso mehr, als eine Rückzahlung kaum von einer der Vertragsparteien als möglich und wahrscheinlich angenommen wird. Den gefährlichen Weg, den die Schweiz bei der Mitbeteiligung an der Lausanner Anleihe beschritten hat, hat Tobler in den „Monatsheften“ bereits gekennzeichnet. Diese Anleihen bedeuten aber zunächst nichts anderes als neue Schuldverpflichtungen. Das

wirtschaftliche Elend und die Arbeitslosigkeit werden damit aber nicht gehoben. „Für eine Saison verkaufen wir unsere Freiheit nicht,“ so läßt sich die Regierungspresse aus Tirol melden. Jedes wirtschaftliche Denken scheint ausgeschaltet zu sein, alles steht unter der Angstpsychose der braunen Gefahr. Der ausgebliebene reichsdeutsche Fremdenverkehr hat überall, nicht nur in den Alpenländern, schwere Wunden geschlagen und größte Erbitterung ausgelöst. Nach neuen Nachrichten ist jetzt auch von Wien die Drosselung oder doch starke Einschränkung des ausländischen Zuzugs zu den österreichischen Hochschulen beschlossen worden. Diese können aber in ihrer Größe und Zahl in dem kleinen Lande nur bei starkem ausländischen Besuch bestehen. Die wirtschaftlichen Vorteile dieses starken Auslandsbesuchs für die Hochschulstädte und die Hochschulverwaltung liegen klar auf der Hand, aber auch hier siegt die politische Unvernunft über die wirtschaftliche Einsicht. Überdies kündigt der Diktator Feh die Einrichtung von Polizeiwachen in den Hochschulen an; diese Wachen sollen wohl von den „Ostmärkischen Sturmcharen“ des Unterrichtsministers Schuschnig gestellt werden. So sieht jetzt die berühmte Freiheit von Wissenschaft und Lehre in Österreich aus. Die Regierung erklärt, alles sei notwendig um der Erhaltung der „österreichischen Idee“ willen. Was aber ist die österreichische Idee und der Sinn des österreichischen Staates? Dieser ist doch gar nicht aus dem Willen des österreichischen Volkes geboren, sondern vielmehr gegen dessen ausdrücklichen Willen ihm aufgezwungen worden. Mit außenpolitischen Druckmitteln soll dieser Staat weiter aufrecht erhalten werden. Aber noch niemals hat sich eine Regierung lange halten können, die dem Ausland hörig ist und die Massen der Bevölkerung gegen sich hat. Mit dem Beschluß des österreichischen Ministerrats vom 16. August sind die Nationalsozialisten, die der Auffassung sind, daß die heutige österreichische Regierung nicht Österreich ist, und die des Glaubens sind, daß Volksverrat das größte Verbrechen ist, als vogelfrei erklärt worden. Gegen 7000 Personen sind mit dem Verlust der Staatsbürgerschaft und des Vermögens bedroht. Es handelt sich um solche Personen, die ohne Erlaubnis die Grenze überschreiten oder „österreichfeindliche“ Handlungen sich zuschulden kommen lassen. Damit ist der gefährlichste Weg, den ein Staat bestreiten kann, bereits beschritten. Es ist eine Irredenta entstanden — eine deutsche Irredenta in einem deutschen Staat! Mit der Verhängung des Standrechts haben die Minister Feh und Baugoin ohnehin schon mehrfach gedroht. Den österreichischen Nationalsozialisten aber steht das Schicksal des Systems Metternich tröstlich vor Augen. Richtete dieses den altösterreichischen Vielvölkerstaat zugrunde, wie viel rascher wird sich dieses Schicksal erfüllen bei einem deutschen Nationalstaat, der sich gegen sein Mutterland stellt. Mit bezahlten Aufzügen, bestellten Kundgebungen, bedrucktem Papier kann man das zahlende Ausland vielleicht eine Weile täuschen und beruhigen — die innere Hohlheit des Systems wird doch einmal zu Tage treten. Mit einem erzwungenen Treueid wird man aber die Beamtenerschaft ebenso wenig an

eine Regierung binden können, wie man durch Terror Gefühle der Anhänglichkeit erzeugt. Wenn aber der aufgehäufte Explosionsstoff zur Entzündung gebracht wird, was wird dann geschehen?

## Wesen und Ziele der nationalen Bewegung.

Von **Robert Tobler**, Zürich.

(Fortsetzung.)

### 2. Kritik der Demokratie.

Zur Kritik der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und ihren Auswirkungen im Klassenkampf gesellt sich die Kritik an der heutigen Staatsordnung. Diese Kritik richtet sich nicht gegen die Demokratie schlechthin, wohl aber gegen ihre herrschende liberale Form. Sie richtet sich ferner gegen die Entartung des demokratischen Gedankengutes durch den Marxismus.

Die Gegner der nationalen Bewegung allerdings wollen das nicht gelten lassen. Immer wieder behaupten sie in ihren Reden und Blättern, die „Nationale Front“ sei antidemokratisch und bilde eine Gefahr für die überlieferten volksstaatlichen Institutionen in unserem Lande. Rettet die Demokratie vor den Fronten! Das ist ihre Parole.

Diesen fortgesetzten Verfälschungen der Ideen der Bewegung durch ihre Gegner muß scharf entgegengetreten werden. Zum größten Teile handelt es sich um parteipolitische Machenschaften. Man möchte damit den eigenen Parteisäckchen (und solchen, die es werden sollen) das Gruseln vor der neuen Bewegung beibringen, um die Herde besser zusammenzuhalten. Solche Praktiken richten sich selbst und brauchen uns an dieser Stelle nicht zu beschäftigen. Bedeutsamer dagegen ist der Umstand, daß die Ziele der „Nationalen Front“ auch etwa von ehrlichen Kritikern als „undemokratisch“ empfunden werden, weil das Bild des Volksstaates, das von ihr gezeichnet wird, so ganz anders ist, als sie es heute zu sehen gewohnt sind. Zwischen den Auffassungen der Demokratie, so wie sie von der „Nationalen Front“, vom Freisinn oder gar von der Sozialdemokratie vertreten werden, bestehen ganz erhebliche und teilweise grundsätzliche Widersprüche. Sie sollen und dürfen nicht verschleiert werden. Wohl bekennen sich in der Schweiz, mit Ausnahme einiger weniger Gruppen, wie „Ordre et Tradition“, fast alle politischen Parteien und Bewegungen zur „Demokratie“. Da ihre Anschauungen über den Aufbau des Staates aber weit auseinandergehen, kann hüben und drüben mit dem einen Worte Demo-